

**30**  
**80**

# Union in Deutschland

Bonn, den 13. August 1980

## Neue Maßstäbe für Sozialpolitik

**Das Sozialbudget '80 weist für 1980 Gesamtleistungen in Höhe von 449 Mrd. DM aus. Das sind 24 Mrd. DM mehr als 1979 und 280 Mrd. DM mehr als 1970. Diese enorme nominale Steigerung der Sozialleistungen hat jedoch nicht die Beseitigung gravierender sozialer Probleme bewirkt. Im Gegenteil: für eine wachsende Zahl von Bürgern haben sich die sozialen Probleme verschärft: z. B. für Familien, arbeitslose Frauen, ältere Mitbürger.**

Diese Feststellungen traf CDU-Generalsekretär Heiner Geißler in einer Bilanz der Sozialpolitik der 70er Jahre. Zugleich legte er Perspektiven der Union für die Sozialpolitik in den 80er Jahren vor. Drastisch reduzierte wirtschaftliche Wachstumsraten, eine besorgniserregende Verschuldung der öffentlichen Haushalte sowie die außenpolitischen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland lassen eine Ausdehnung der Sozialquote zur Bewältigung der sozialen Probleme nicht mehr zu. Gerade in einer Zeit der knappen Kassen muß sich aber das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit, muß sich die soziale Komponente der Marktwirtschaft erst eigentlich bewähren. In einer Zeit mit hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten ist es keine Kunst, Sozialpolitik zu betreiben, heute aber bedarf es eines neuen sozialpolitischen Konzeptes.

(Fortsetzung auf Seite 2)

**Noch  
53 Tage  
bis zur  
Bundestagswahl**

### Heute im Wahlkampf

#### ■ INFORMATIONEN

Die CDU braucht beide Stimmen / FDP ist keine Partei des Mittelstandes / Wieder über die Millionengrenze / Staatssekretär zurückgepfiffen / Frankes innerdeutscher Maulkorb-erlaß

Seiten 4 bis 6

#### ■ KONJUNKTUR

Koalition hat kein Rezept gegen Talfahrt

Seite 7

#### ■ DOKUMENTATION

Das Energieproblem — Herausforderung an die Entscheidungsfähigkeit unserer Gesellschaft

grüner Teil

#### ■ CDU-EXTRA:

Beispiele für die Ausarbeitung von Reden und Argumenten für die politische Diskussion

gelber Teil

#### ■ ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT

Gesamtangebot

rosa Teil



(Fortsetzung von Seite 1)

Nicht der Sozialstaat als solcher, sondern eine auf Quoten fixierte, quantitative, bürokratisierte und auf die Umverteilung von Geldleistungen eingeschränkte Sozialpolitik ist an ihre Grenzen gestoßen.

**Eine Regierung der Union wird eine neue qualitative Sozialpolitik verwirklichen, um auch langfristig die Grundlagen einer sozial gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu sichern. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Union insbesondere folgende Prinzipien einer qualitativen Sozialpolitik verwirklichen:**

**1. Die sozialen Leistungen müssen gezielt den wirklich Bedürftigen zukommen.**

Damit die sozialen Leistungen den wirklich Bedürftigen zukommen können, ist es erforderlich, Prioritäten zu setzen. Zu den verhängnisvollsten Fehlentwicklungen des letzten Jahrzehnts gehört die moralische und materielle Vernachlässigung der Familie. An erster und nachdrücklich betonter Stelle des Wahlprogramms der CDU/CSU steht deshalb die Förderung der Familie.

**2. Die durch eigene Leistung oder Aufopferung für die Gemeinschaft erworbenen Rechtsansprüche dürfen nicht staatlicher Willkür ausgesetzt werden.**

Aus diesem Grunde hält die Christlich Demokratische Union an der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente fest. Nach dem Rentenbetrug von 1976, nach Wortbruch und Außerkraftsetzung der bruttolohnbezogenen Rente sind Klarheit und Wahrheit in der Rentenpolitik unverzichtbar.

**3. Die Arbeit in der Familie ist Berufstätigkeit und muß als solche anerkannt und sozial abgesichert werden.**

Die Gleichstellung von Mann und Frau im Rentenrecht steht in unserer Wertvorstellung gleichrangig neben der Förderung der Familie und der Sicherung der bruttolohnbezogenen, dynamischen Altersrente. Die CDU hat sich schon frühzeitig dafür eingesetzt, die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter sozialversicherungsrechtlich wie einen Beruf anzuerkennen. Mit ihrem Konzept der Partnerrente hat die CDU im Jahr 1975 als erste Partei ein Modell zur Reform der sozialen Sicherung vorgelegt.

**4. Die sozialen Leistungen müssen stärker personalisiert, damit humaner und wirtschaftlicher erbracht werden.**

Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß die Lösung aller sozialen Probleme durch staatliche Institutionen immer wirkungsvoller, geschweige denn immer humaner sei. Im Gegenteil: der einzelne, die Familie und die freien Träger sind oft dazu viel besser in der Lage.

**5. Es ist humaner und ökonomischer, die Entstehung sozialer Übel zu verhindern, als sie nachträglich zu beseitigen.**

Seit Jahren ist z. B. die Arbeitslosigkeit ein menschlich unerträglich und finanziell besonders schwerwiegendes Problem. Hunderttausend Arbeitslose kosten jährlich durch Arbeitslosengeld, Steuer- und Beitragsausfälle rd. 2 Milliarden DM. Deshalb ist es nicht nur humaner, sondern auch ökonomisch sinnvoller, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, anstatt sie zu verwalten und zu finanzieren. Eine gute Wirtschaftspolitik ist wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik.



**6. Die sozialen Leistungen müssen auch hinsichtlich Ihrer ökonomischen Auswirkungen über längere Jahre und nicht nur im Rahmen eines Ein- oder Zweijahreshaushalts bewertet werden. Wir kommen sonst zu ökonomisch untragbaren Ergebnissen.**

Ein typisches Beispiel für das Denken in zeitlich zu eng begrenzten Zeithorizonten liefert die Diskussion um den nun schon seit über 15 Jahren andauernden Geburtenrückgang, der — so ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft — „zu wirtschaftlich und sozial nicht akzeptablen Ergebnissen führt“.

## **Ausgaben des Bundes müssen vermindert werden**

**Im Unterschied zu den anderen Parteien haben die Unionsparteien als einzige eine konkrete Finanzrechnung für ihr Wahlprogramm vorgelegt.**

Die neuen Ausgaben im familienpolitischen Bereich (10,1 Mrd. DM), der Schuldenabbau (7 Mrd. DM) und die Steuerentlastungen (6 Mrd. DM), aber auch die aktuellen Mehranforderungen im außenpolitischen Bereich (rd. 2 Mrd. DM) können finanziert werden, wenn die Zuwachsraten der übrigen Ausgaben des Bundes im Zeitraum bis 1984 vermindert werden.

Bei einer Steigerung des Bruttosozialprodukts von plus 6 Prozent dürfen die übrigen Ausgaben des Bundes nur um plus 3 Prozent ansteigen, statt um 4 Prozent, wie bei einer Steigerung des Bruttosozialprodukts von 8 Prozent dürfen die übrigen Ausgaben nur um 5 Prozent ansteigen anstatt um 6 Prozent, wie es das Ziel der Bundesregierung ist.

## **LIEBE FREUNDE,**

die nordrhein-westfälischen Schulferien sind zu Ende. Wir haben seitdem in unserem Versandzentrum in Versmold alle Hände voll zu tun; allein an einem Tag, am 4. August, gingen dort 147 Gesamtbestellungen ein für einige hunderttausend Materialien.

Allen Kreisgeschäftsstellen liegt der Werbemittelkatalog für die heiße Wahlkampfphase vor. Neben diesen Materialien stehen in den Kreisgeschäftsstellen Texte für praktisch alle großen Probleme für Flugblätter zur Verfügung.

Nach den großen Fernsehdiskussionssendungen werden in den Dienstleistungszentren Flugblätter zur Verfügung stehen, die sich mit diesen Diskussionen beschäftigen. Ich bitte Sie, sich bereits jetzt darauf einzurichten, am Morgen nach diesen Fernsehsendungen Verteilaktionen durchzuführen. Merken Sie sich bitte folgende Termine der Fernsehdiskussionen vor: 1. 9., 4. 9., 11. 9. und 2. 10. 1980.

Mit Recht hat Heiner Geißler auf einer vielbeachteten Pressekonferenz darauf aufmerksam gemacht, daß es völlig falsch ist, was die Koalition glauben machen will, nämlich, daß das Rennen um den Sieg bei der Bundestagswahl bereits schon gelaufen sei. 10 bis 20 Prozent der Wähler haben sich noch nicht festgelegt, welcher Partei sie ihre Stimme geben werden. Es geht bei der Wahl am 5. Oktober um eine Richtungsentscheidung zwischen zwei Lagern: CDU/CSU einerseits und SPD/FDP andererseits.

Die Freien Demokraten sind in Bonn „Filial-Demokraten“ der SPD geworden. Ihr

  
Ulf Fink



## ■ WAHLKAMPF- INFORMATIONEN

### Die CDU braucht beide Stimmen

Der Spitzenkandidat der CDU in Nordrhein-Westfalen, Rainer Barzel, wirft der regierenden SPD/FDP-Koalition in Bonn vor, sie „führt unser Vaterland in Gefahr“. Auf dem Parteitag des Landesverbandes Westfalen-Lippe in Gütersloh meinte Barzel, die Koalition mache aus dem freiheitlichen und sozialen Rechts-

### Maßlos

In einem Interview im „Kölner Stadt-Anzeiger“ (7. August 1980) sagte Helmut Schmidt u. a.:

„Die Aussicht sei verlockend“, mit einer absoluten Mehrheit der SPD „ins deutsche Geschichtsbuch einzugehen, und mein Anteil daran würde sicher nicht völlig klein geschrieben werden. Das kann mich nicht erschrecken“.

Welch' ein Prachtkerl er doch ist! Der Originalton von Helmut Schmidt spricht für sich.

Die CDU/CSU ist voller Zuversicht, daß am Wahlabend des 5. Oktober der deutsche Wähler der Maßlosigkeit von Helmut Schmidt die überfälligen Grenzen setzt, stellt Helmut Kohl hierzu fest.

staat „eine andere Republik“. Unter starkem Beifall der 450 Delegierten rief er aus: „Da diese Republik in ihrer Substanz bedroht ist, kämpfe ich!“

Barzel zählte auf, wer beispielsweise die Tötung Ungeborener „fördert“, Kommunisten Lehrer werden lasse und

nicht mehr vom ganzen Deutschland rede, „der zerstört Substanz, reißt Fundamente ein und braucht sich über Dekadenz, Drogen und Terror nicht zu wundern“. Der Wechsel müsse am Wahlsonntag des 5. Oktober kommen, „bevor aus dem Experiment ein Abenteuer wird“.

Betont scharf ging Rainer Barzel mit Bundeskanzler Schmidt ins Gericht. Wer den „als leitenden Angestellten des Marxismus“ wolle, der solle der SPD die Mehrheit geben. Schmidt sei nur „fähig zum Schuldenmachen, fähig zum Renten kürzen, fähig, Inflation und Arbeitslosigkeit zu verniedlichen und seine Hände in Unschuld zu waschen“.

Der Vorsitzende des Landesverbandes, Kurt Biedenkopf, forderte die Wähler auf, ihre Stimmen am 5. Oktober nicht zu splitten. Wer der CDU seine Erst-, der FDP aber seine Zweitstimme gebe, der betreibe „Stimmemogeln“. Es gebe keinen dritten Weg über die FDP, sondern nur die Alternative zwischen einer CDU- und einer SPD-Regierung. Man könne nicht dem CDU-Kandidaten mit der ersten Stimme das Vertrauen geben, es ihm aber mit der zweiten Stimme wieder entziehen.

### Wieder über die Millionen-Grenze

Wie die neuesten Arbeitsmarktzahlen (Ende Juli 1980) deutlich erkennen lassen, hat sich der bereits im Juni sichtbare konjunkturelle Abschwung erheblich beschleunigt, erklärte MdB Heinz Franke. Sowohl der außerordentlich hohe Zuwachs um 71 161 Arbeitslose als auch die Strukturdaten rechtfertigen die Befürchtung, daß die mühsam und um den Preis einer astronomischen Staatsverschuldung erkauften minimalen beschäftigungspolitischen Erfolge



bis zum Jahreswechsel 1980/81 wieder zerronnen sein werden. Nach dem Kieler Institut für Weltwirtschaft rechnet jetzt auch das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München mit einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 1,1 Millionen in 1981. Damit würde ein Rückfall in den katastrophalen Zustand des Arbeitsmarktes von 1975 eintreten.

## Staatssekretär zurückgepiffen

Zum Streit in der SPD um das Erziehungsgeld schreibt die Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU, MdB Helga Wex, Mitglied der Wahlkampfmannschaft: Nur einen Tag dauerte das Erstaunen über den Vorschlag des Staatssekretärs Wolters aus dem Familienmi-

nisterium, ein — wenn auch einkommensabhängiges — Erziehungsgeld einzuführen. Dieser Schritt in die richtige Richtung ist auf den ideologisch begründeten Widerstand des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner, von Frau Huber und des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen gestoßen. Die SPD-Frauen nahmen den Vorschlag mit „Verwunderung und Empörung“ auf; er sei durch keinerlei Beschlüsse gedeckt. Sie finden es empörend, erwerbstätigen Müttern ein Erziehungsgeld zu zahlen, damit diese sich für eine gewisse Zeit der Erziehung ihrer Kinder widmen können. Der überraschende Vorstoß des Staatssekretärs und der nicht überraschende prompte Rückpiff machen deutlich:

## FDP ist keine Partei des Mittelstandes

Die FDP hat mit der Vorlage ihres „Aktionsprogrammes für den Mittelstand“ endgültig den Anspruch verspielt, als ernsthafter Partner für seriöse Mittelstandspolitik akzeptiert zu werden, erklärte der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand, MdB Hansheinz Hauser (Krefeld).

Geradezu groteske Formen nimmt die Selbstüberschätzung dieser Partei an, wenn sie behauptet, sie habe mehr für den Mittelstand geleistet, als dies in der gesamten Geschichte unseres Landes vorher der Fall war.

In der Sache zählt das „Aktionsprogramm“ ein Sammelsurium von 30 mittelstandspolitischen Themen auf; interessant dabei ist weniger die Tatsache, daß es sich mehrheitlich um solche Vorschläge handelt, die von der Union bereits seit Jahren immer wieder vergeblich gegen den Widerstand der SPD/FDP-Koalition durchzusetzen versucht worden sind. Als Beispiele mögen hier die Forderungen zur Veränderung des Schwerbehindertengesetzes wie auch des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, die beide der Mittelstandsverhinderungspolitik der FDP zum Opfer gefallen sind, aber trotzdem wieder in ihrem Wunschkatalog für die kommende Legislaturperiode auftauchen, genügen.

Viel bemerkenswerter jedoch ist die Tatsache, daß mittelstandspolitisch so bedeutsame Themen wie die Frage der Beibehaltung des geltenden Ladenschlußrechtes, wie die so wichtige Problematik der beruflichen Ausbildung und auch die besonders von der FDP immer wieder so gern gepflegte Frage der gesetzlichen Verankerung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte offenbar kein Thema für ein Mittelstandsprogramm dieser Partei darstellen.



diese Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sind mit ihrer Familienpolitik am Ende, sie haben das falsche Konzept. Die zuständige Ministerin hat einmal mehr ihre Unfähigkeit bewiesen, ein für die Gesellschaftspolitik so wichtiges Ministerium zu führen.

## Selbstkritik nach Ostblockmuster

Der SPD-Bezirk Niederrhein hat sich ein Beispiel genommen. Er fand Gefallen an den öffentlichen Reuebekundungen in Ungnade geratener Ostblockpolitiker. Jetzt wurde dieses peinliche Schauspiel wieder einmal im eigenen Theater aufgeführt. SPD-Bezirksvorsitzender Bäumer: „Die Bundestagsabgeordneten Hansen, Schreiber und Meinicke haben bereitwillig ein Pflichtversäumnis gegenüber dem Bezirk zugegeben.“ Sie hätten gefälligst die Partei vorher zu informieren, wenn sie sich eigenständige Gedanken über ihr Abstimmungsverhalten im Bundestag machen wollen.

Das war, wie bekannt, nicht geschehen und hatte die gesamte Koalition ins Schaukeln gebracht. Jetzt mußten die drei (Maul-)Helden gehörig einknicken und Besserung geloben. Besonders eifrig schnappte Karl-Heinz Hansen nach der vorgehaltenen Wurst. Erst nachdem er vor den heimischen Genossen den höchsten Abbittesprung tat, darf er sich über einen sicheren Listenplatz freuen. Und darauf kam es den „reuigen Sündern“ an. Sie wissen, daß sich die linke Unterfraktion innerhalb der SPD-Riege im neuen Bundestag mehr als verdoppeln wird. Beim so erfolgreich begonnenen Marsch durch die Institutionen heißt es dabei sein. Karl-Heinz Hansen macht in Bonn den großen linksideologischen Wind. Zu Hause steht er

stramm. Wie sehr müssen er und seine Freunde fürchten, „vom Winde verweht“ zu werden, stellte CDU-Sprecher Henrich hierzu fest.

## Die Zahl der Asylbewerber steigt weiter

Trotz der von der SPD/FDP-Koalition eingeleiteten Maßnahmen ist die Zahl der Asylbewerber im Juli weiter angestiegen. Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Benno Erhard, sagte in Bonn, damit hätten sich die aus „wahltaktischen Gründen halbherzig“ beschlossenen Schritte erwartungsgemäß als „Schlag ins Wasser“ erwiesen.

## Frankes innerdeutscher Maulkorberlaß

Die Handlungsweise des innerdeutschen Ministers Franke gegenüber dem Ministerialdirektor Kreutzer (SPD) in Berlin ist ein Skandal, erklärte Manfred Abelein, Deutschlandpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Minister Franke hatte seinem Beamten verboten, sich zu Verbrechen eines hohen SED-Funktionärs zu äußern, weil dies für die innerdeutschen Beziehungen abträglich sein könnte. Kreutzer hatte verbreitet, daß der stellvertretende Außenminister der DDR und mehrjährige Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Michael Kohl, in den 50er Jahren Kommilitone an der Universität Jena an die sowjetischen Besatzer denunzierte. Das bedeutete für etliche den Verlust der Freiheit, für mindestens einen den Tod. Die Maßnahmen Frankes passen in die allgemeine Linie der Bundesregierung, die alles Interesse daran setzt, die Zustände im geteilten Deutschland als im Grunde normalisiert darzustellen.



FRANZ JOSEF STRAUSS:

## Koalition hat kein Rezept gegen Talfahrt der Konjunktur

Nun ist es soweit, die Konjunktur gerät in die roten Zahlen. Dies haben wir den Konjunkturlaubfröschen von SPD und FDP seit langem prophezeit. Eine Zeitlang haben sie, auch zum Teil unterstützt von Hurrameldungen großer Verbände und Forschungsinstitute, die Konjunktur nach der Methode Coué hochloben wollen — auch Streichholzdiagnose genannt: Man halte Streichholz unters Thermometer und lese dann die Zimmertemperatur ab!

Die Inflation tragt munter dahin, die Nachfrage geht zurück, die Arbeitslosigkeit steigt und wird noch in diesem Winter die Millionengrenze erreichen und überschreiten. Die Gewerkschaften rufen bereits nach Konjunkturprogrammen, ohne zu sagen, wie sie finanziert werden können. Die hemmungslose Staatsverschuldung der SPD/FDP-Bundesregierung in den letzten zehn Jahren, vor allem aber das atemberaubende Verschuldungstempo seit 1975 lassen keinen Finanzspielraum für neue Milliardenprogramme. Der Bund kann nicht einmal den EG-Kompromiß ordnungsgemäß aus seinem Haushalt finanzieren, sondern droht, die Mineralölsteuer und damit den Benzinpreis nach der Wahl am 5. Oktober kräftig zu erhöhen.

Das alternative Patentrezept der Gewerkschaften, die weniger werdende Arbeit dadurch gleichmäßig auf alle Arbeitnehmer — natürlich bei gleichem Lohn — zu verteilen, indem man die Arbeitszeit auf 35 Stunden verkürzt, den Urlaub verlängert, das Rentenalter vorzieht und die Schulzeit ausdehnt, würde in der Praxis zum Arbeitsplatzvernichtungskonzept führen. Diese rechnerischen Kunststücke würden bei ihrer Verwirklichung nur der japanischen Konkurrenz nützen und immer mehr deutsche Arbeitnehmer mit geradezu tödlicher Sicherheit um die schon heute immer weniger werdenden Arbeitsplätze bringen. Wir können es uns einfach nicht leisten, noch weniger zu arbeiten, noch teurer zu produzieren und unser tragfähiges Netz der sozialen Sicherheit noch enger zu stricken, das heißt noch teurer zu produzieren.

Ohne Fleiß kein Preis, ist eine alte Wahrheit. Wir müssen diesen Fleiß, das heißt die Leistungsbereitschaft unserer Arbeitnehmer sowie die Leistungs- und Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft stärken. Dafür kämpfen wir, und darum haben wir auch dieses Mal die Bundesregierung erneut gezwungen, die leistungsfeindlichen „heimlichen Steuererhöhungen“ wenigstens zum Teil an den arbeitenden Bürger zurückzugeben.

Für uns haben bei dieser Talfahrt der Wirtschaft, gegen die SPD und FDP kein Rezept wissen, steuerliche Entlastungen, die Nachfrage schaffen, Vorrang vor komplizierten, bürokratischen und oft am Ziel und Bedarf vorbeischießenden Ausgabenprogrammen.



## ■ BREMER KRAWALLE

### Alarmierende Fakten und Zusammenhänge

**In zwei Wochen wird der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages zu seiner abschließenden Sitzung in seiner Eigenschaft als Untersuchungsausschuß über die blutigen Bremer Krawalle vom Mai dieses Jahres zusammentreten. Bis dahin werden die drei Fraktionen den Ertrag der mehrwöchigen Vernehmungen aus den Protokollen herausfiltern und bewerten.**

Hat sich die Arbeit gelohnt? Gibt es Erkenntnisse und Nutzenwendungen, die über die Resultate des Bremer Untersuchungsausschusses hinausgehen? MdB Willi Weiskirch gibt hierauf folgende Antwort:

Es gibt wenigstens vier Punkte, in denen der Untersuchungsausschuß fündig geworden ist und alarmierende Fakten und Zusammenhänge enthüllt hat.

**① Es hat nicht nur Kontakte (die sowieso), sondern auch eine direkte Zusammenarbeit zwischen den Jungsozialisten der Bremer SPD und kommunistischen Gruppen gegeben. Der hektische Eifer der sozialdemokratischen Zeugen, dem Ausschuß den Verdacht auszureden, daß es kein Zusammenspiel zwischen Jusos und Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) gegeben habe, sollte — aber konnte nicht — verdecken, daß Jusos und orthodoxe Kommunisten à la DKP und SDAJ das**

Bremer Demonstrationsgeschäft gegen das feierliche Gelöbnis von über tausend Bundeswehrsoldaten im Weserstadion gemeinsam betrieben haben.

**② Es hat sich gezeigt — und ist vom Bremer Polizeipräsidenten in seiner Anhörung vor dem Ausschuß bestätigt worden, daß ohne das gerade auch von Jusos mitbestimmte „Umfeld“ am Demonstrationstag die blutigen Gewalttätigkeiten kaum möglich oder sehr viel schneller zu lokalisieren und in den Griff zu bekommen gewesen wären. Wie es von einem Zeugen im Ausschuß zum Ausdruck gebracht worden ist: Die Bremer Polizei wäre mit den schätzungsweise 250 Gewalttätern verhältnismäßig mühelos fertig geworden, wenn ihnen die anderen Gruppen nicht das Wasser geliefert hätten, in dem sie schwimmen konnten.**

**③ Es sind schwere Versäumnisse beim Bremer Landesamt für Verfassungsschutz, LfV, festgestellt worden, wobei sich im Zuge der Vernehmungen der Eindruck verfestigt hat, daß das politische „Klima“ der Hansestadt solche Versäumnisse geradezu heraufbeschwören mußte. Zusammenkünfte, an denen außer Extremisten auch beispielsweise Jusos beteiligt waren, sind vom LfV Bremen nicht observiert worden.**

**④ Es hat aber auch in Bonn folgenschwere Kommunikationsstörungen gegeben. Das frappierendste Beispiel: Obwohl — laut Staatssekretär Bölling — der Bundeskanzler in einer Kabinettsitzung im Vorfeld der Bremer Ereignisse seiner großen Sorge Ausdruck gegeben haben soll, will der für den Verfassungsschutz zuständige Bundesinnenminister von den sich zusammenbrauchenden Krawallen überhaupt nichts gewußt haben.**



## ■ WAHLKAMPFTELEFON (02 28) 54 43 77

# Wähler fragen — hier ist die richtige Antwort

*Ist das von der Union geforderte Erziehungsgeld nicht vom Ansatz her falsch, weil es die Frauen aus dem Arbeitsmarkt herauskauft und wieder auf Haushalt und Kindererziehung festlegt?*

Keinesfalls, das **Erziehungsgeld** steht Müttern oder Vätern wahlweise in gleichem Maße zu. Es baut den Zwang zur Erwerbstätigkeit für Mutter oder Vater während der ersten Lebensjahre des Kindes ab. Gerade hierdurch wird erst die Wahlfreiheit der Frau zwischen Erwerbstätigkeit und Arbeit für Erziehung und Haushalt und die Partnerschaft zwischen Mann und Frau ermöglicht. Das Mutterschaftsurlaubsgeld der Bundesregierung steht dagegen allein den abhängig erwerbstätigen Frauen zu und überträgt ihnen dadurch die alleinige Verantwortung für Haushalt und Kindererziehung.

★

*Ist die Forderung nach so teuren Maßnahmen wie Erziehungsgeld, Kinderfreibeträge und Dynamisierung des Kindergeldes nicht unseriös, weil dies nicht zu finanzieren ist?*

So kann man das nicht sehen — Mehrausgaben für die Familien sind nicht zuerst eine Frage des Geldes, sondern des politischen Willens. Jeder Haushaltsplan setzt politische Entscheidungen über das selbstgesteckte Handlungsprogramm der Regierung voraus. Insofern spiegelt die Verteilung der Finanzmittel die politischen Prioritäten

der Regierung wider. Hier muß eine Verschiebung der Gewichte zugunsten der Familienpolitik erfolgen. Denn wenn wir jetzt nichts tun, wenn wir weiterhin die Familien mit ihren Problemen alleinlassen, dann wird es von Jahr zu Jahr teurer, die Folgen solcher Nachlässigkeit zu beseitigen. Deshalb müssen wir bereit sein, andere Ausgaben zu vermindern und den familienpolitischen Aufgaben eine höhere Priorität einzuräumen.

★

*Dient die Reform des § 218 des Strafgesetzbuches nicht dem Schutz des ungeborenen Lebens besser, als das frühere Strafrecht, weil sie den Frauen mehr Möglichkeiten zur Lösung von Schwangerschaftskonflikten gibt?*

Fest steht, daß die Zahl der **Schwangerschaftsabbrüche**, insbesondere der hohe Anteil der Abbrüche aufgrund der Notlagenindikation ständig steigt. Immer mehr Frauen unterziehen sich wiederholt einem Schwangerschaftsabbruch. Beratung über und Vermittlung von sozialen Hilfen haben sich als unzureichend erwiesen. Das Ausmaß fehlender oder mangelhafter Empfängnisverhütung ist im Zusammenhang mit ungewollten Schwangerschaften erschreckend hoch. Der größte Teil der Berater in den Einrichtungen zur Schwangerschaftskonfliktberatung hält die zur Zeit verfügbaren Sozialhilfen für unzureichend. Im Schnitt kommt nicht



einmal jede zehnte Ratsuchende für ein soziales Hilfsangebot in Frage.

Diese Entwicklungen machen deutlich, daß den Frauen eben nicht mehr Möglichkeiten zur Lösung von Schwangerschaftskonflikten angeboten werden, sondern daß der Schwangerschaftsabbruch in den meisten Fällen als einzig mögliche Lösung erscheint. Für einen sozialen Rechtsstaat, wie die Bundesrepublik, mit einem hohen und ständig steigenden Bruttosozialprodukt ist diese Bilanz ein Skandal. Eine langfristige Lösung kann nur mit angemessenen wirtschaftlichen und sozialen Hilfsangeboten für schwangere Frauen erreicht werden. Die Tötung menschlichen Lebens darf nicht eine Ersatzlösung für unterlassene soziale Hilfe sein.

★

*Hat das neue elterliche Sorgerecht nicht entscheidende Verbesserungen für die Familien, vor allem aber für die Kinder gebracht?*

Nein, dieses Gesetz entspricht in keiner Weise der Wirklichkeit, denn die meisten **Eltern** verstehen heute ihre Aufgabe nicht mehr als Herrschaftsausübung über ihre Kinder und als autoritäre Bevormundung, sondern als verantwortungsbewußte Sorge für ihre Kinder und als verständnisvolle Anleitung und vorbildhaftes Beispielgeben.

Das neue elterliche Sorgerecht geht jedoch weiter, als es eine bloße Rechtsanpassung an geänderte Wertvorstellungen erfordern würde. So werden z. B. bei den allgemeinen Vorschriften über das elterliche Erziehungsrecht „entwürdigende“ Erziehungsmaßnahmen untersagt.

Unter „entwürdigenden“ Erziehungsmaßnahmen sind hauptsächlich Kindesmißhandlungen zu verstehen, die auch vorher schon verboten und sogar straf-

bar waren. Durch das ausdrückliche Verbot im elterlichen Sorgerecht wird der Eindruck erweckt, daß auch pflichtbewußten Eltern das Verbot der Kindesmißhandlung ausdrücklich entgegengehalten werden müsse. Dieses Mißtrauen des Staates gegenüber den Familien sät gleichzeitig Mißtrauen zwischen Kindern und Eltern.

Die meisten Eltern erziehen ihre Kinder heute entsprechend ihrem Alter in partnerschaftlicher Mitverantwortung, nicht weil ein Gesetz ihnen dies vorschreibt, sondern weil sie wissen, daß ihre Kinder nur so zu verantwortungsbewußten Persönlichkeiten heranreifen können. Wie weit diese Mitverantwortung im jeweiligen Entwicklungsstadium des Kindes gehen darf und wie sie ihr Kind zu Verantwortungsbewußtsein erziehen können, das wissen die Eltern am besten.

★

*Läuft der Ruf der CDU/CSU nach einem Abbau der Staatsquote um ein Siebentel im Ergebnis auf die Forderung hinaus, den Sozialstaat zu demonstrieren?*

Nein, eine **hohe Staatsquote** macht noch keinen Sozialstaat. Sie ist nur ein Maßstab dafür, in welchem Umfang der Staat durch Bürokratie, Steuern und Abgaben die Bürger belastet. Zu ihr gehören nicht nur Kinder- und Wohngeld, sondern auch Ministergehälter, Dienstreisekosten und Formularekrieg. Die SPD will nicht nur die heutige Belastung der Bürger beibehalten, sondern durch Steuererhöhungen (Mineralöl-, Branntwein-, Tabak- und Mehrwertsteuer) und höhere Sozialabgaben (Maschinensteuer) weiter ausbauen. Denn das „sozialistische Paradies“ ist nur durch großen staatlichen Aufwand zu finanzieren, den wir zu bezahlen haben.



## ■ DEN WÄHLERN SAGEN

# Thema: Jugendhilferecht

### Die FDP sagt:

*„Der FDP ist es zu verdanken, daß das neue Jugendhilferecht das partnerschaftliche Verhältnis sowohl zwischen Eltern und Jugendlichen als auch zwischen öffentlichen und freien Trägern ganz nach vorne stellt.“*

(Neue Bonner Depesche 6 [1980] 4)

### Tatsache ist:

Wahlkampfklärungen und tatsächliche Politik der FDP widersprechen sich. Das neue Jugendhilferecht ist dafür ein schlimmes Beispiel. Selbst verfassungsrechtliche Bedenken hindern die FDP nicht daran, mit in den SPD-Staat zu marschieren.

**Beweis:** die Einlassungen des FDP-Vertreters im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages zum geplanten Jugendhilferecht, Detlev Kleinert. Dort sagte er unter anderem:

— „Der Gesetzentwurf bedeutet einen von der Verfassung nicht gedeckten Eingriff in das Primat der Eltern.“

— „Daß Minderjährige den Behördenapparat in Gang setzen können, ist ein schwerwiegender Eingriff, der eine solche Unruhe in das Familienleben bringt, daß schon allein dieses Antragsrecht mit dem grundgesetzlich garantierten Recht der Eltern nicht vereinbar ist.“

— „Ich halte das Gesetz für verfassungswidrig, aber um den Lauf der Dinge nicht aufzuhalten, stimme ich zu.“

So nachzulesen im Plenarprotokoll 8/219/17645.

Die FDP scheut den Konflikt mit der SPD — wie bei dem Jugendhilferecht

— in allen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung. Machterhalt ist ihr wichtiger als Verfassungstreue. Parteipolitik wichtiger als Staatspolitik.

Die FDP ist Erfüllungsgehilfe der SPD geworden. Als Filialdemokraten können und wollen die FDP-Politiker den Marsch in den SPD-Staat nicht stoppen — das neue Jugendhilferecht zeigt es.

## Thema: Familienpolitik

### Die SPD behauptet:

*„Allein die Familie entscheidet über die Gestaltung ihres Zusammenlebens und über die Erziehung der Kinder.“*  
(aus SPD-Aktion '80, Familie)

### Tatsache ist:

Die Politik der SPD fördert einseitig die erwerbstätige Mutter und schreibt den Familien allgemeingültige Leitbilder für die Erziehung der Kinder vor:

— Die von der SPD/FDP-Koalition 1979 eingeführte Nachweispflicht beim Kinderbetreuungsbetrag begünstigt die Fremdbetreuung der Kinder außerhalb der Familie.

— Das von SPD und FDP eingeführte Mutterschaftsgeld während des Mutterschaftsurlaubs fördert einseitig die Erwerbstätigkeit der Mutter und benachteiligt die nicht erwerbstätige Hausfrau und Mutter.



## ■ ORGANISATION

# Kommunikationsverbund für die Bundestagswahl '80

**Zur Verbesserung der innerparteilichen Information und Kommunikation sowie vor allem auch zur Beschleunigung des Informationsflusses untereinander hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle ihr auf Landesgeschäftsstellenebene bereits installiertes Telekopierernetz für den Bundestagswahlkampf '80 auf über 80 Stationen erweitert.**

**D**ie Standorte im Bundesgebiet sind so gewählt worden, daß sämtliche Kreisverbände — unter Umständen über die nächstgelegene Station, wenn kein Anschluß vorhanden ist — in kurzer Zeit die CDU-Bundesgeschäftsstelle und das IS-Versandzentrum erreichen können.

Durch dieses neue Kommunikationssystem, das neue Möglichkeiten der Direktinformation eröffnet, ist die Partei nunmehr in der Lage, bei Bedarf auch sehr kurzfristig (TV-Flugblattaktionen usw.), Aktionen im Wahlkampf durchzuführen bzw. anzuregen. Darüber hinaus kann die Bundesgeschäftsstelle oder

der Landesverband schnell von Entwicklungen und Gegebenheiten im Wahlkreis in Kenntnis gesetzt werden.

Insbesondere ist die CDU-Bundesgeschäftsstelle an Informationen über verleumderische oder unwahre Zeitungartikel, Flugblättern, aus denen die Zusammenarbeit des politischen Gegners mit Radikalen hervorgeht, und ähnlichen Texten aus der Wahlkampfarbeit der Kreisverbände interessiert.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle ist überzeugt, damit eine Möglichkeit zur Erleichterung der vor uns allen stehenden schweren Arbeit geschaffen zu haben.

Im folgenden sind die Standorte der Telekopierer sowie die Telefonnummern angeführt, über die der jeweilige Telekopierer angewählt werden kann. Übrigens: *Die Geräte sind Tag und Nacht empfangsbereit*, da sie mit einem automatischen Empfang ausgestattet sind. Sie können also Ihren Ansprechpartner jederzeit Informationen zukommen lassen.

### 1. **Baden-Württemberg**

- 1.1 Landesgeschäftsstelle
- 1.2 BV Nordbaden
- 1.3 BV Südbaden
- 1.4 BV Württemberg-Hohenzollern
- 1.5 KV Ostalb
- 1.6 KV Baden-Baden
- 1.7 KV Heidelberg
- 1.8 KV Heilbronn
- 1.9 KV Reutlingen
- 1.10 KV Ortenau
- 1.11 KV Alb-Donau
- 1.12 KV Schwarzwald-Baar

Stuttgart	(07 11) 24 74 00
Karlsdorf	(0 72 51) 4 22 23
Freiburg	(07 61) 3 38 76
Weingarten	(07 51) 4 70 78
Aalen	(0 73 61) 4 10 76
Baden-Baden	(0 72 21) 3 21 98
Heidelberg	(0 62 21) 2 55 85
Heilbronn	(0 71 31) 8 26 05
Reutlingen	(0 71 21) 3 62 56
Offenburg	(07 81) 7 27 47
Ulm	(07 31) 6 91 72
Villingen-Schwenningen	(0 77 21) 5 93 10



# ARGUMENTE aus dem UiD

## ENERGIEPOLITIK

Die UiD-Dokumentationen **2/1980** über die Beschlüsse des SPD-Parteitag in Berlin (S. 7 f.) und **12/1980** über das SPD-Wahlprogramm (S. 5 f.) zeigen die energiepolitische Handlungsunfähigkeit der SPD. Im Januar forderte der Bundesvorstand der CDU die Bundesregierung auf, die Blockade von geplanten Kraftwerksinvestitionen in Höhe von 35 Mrd. Mark aufzuheben (**UiD 4/1980, S. 1 f.**). In der wirtschaftspolitischen Bundestagsdebatte im April weist Karl Heinz Narjes der Bundesregierung das völlige Versagen in der Energiepolitik nach (**UiD 15/1980, S. 7 f.**).

**UiD-Dokumentation 17/1980:** Nur das Energiekonzept der CDU verhindert Wirtschaftskatastrophe.

Kapitel 11.2.2 des Wahlprogramms der CDU/CSU für die Bundestagswahl 1980:

Wir sichern die Energieversorgung (**UiD-Dokumentation 19/1980**).

**UiD-Extra 24/1980** nennt als einen der „Fünf guten Gründe, die SPD/FDP abzuwählen“, den energiepolitischen Stillstand, für den die SPD/FDP-Regierung verantwortlich ist (S. 4 f.), insbesondere aber auch der Bundeskanzler selbst, der sich in Fragen der Kernenergie taubstumm stellt (**UiD 26/1980, S 7 f.**).

2.	<b>Berlin</b>	Berlin	(0 30) 2 13 89 97
3.	<b>Bremen</b>		
3.1	Landesgeschäftsstelle	Bremen	(04 21) 32 71 51
3.2	KV Bremerhaven	Bremerhaven	(04 71) 2 70 98
4.	<b>Hessen</b>		
4.1	Landtagsfraktion	Wiesbaden	(0 61 21) 35 03 31
4.2	Landesgeschäftsstelle	Wiesbaden	(0 61 21) 84 62 64
4.3	KV Darmstadt-Dieburg	Darmstadt	(0 61 51) 2 25 77
4.4	KV Frankfurt	Frankfurt	(06 11) 28 77 17
4.5	KV Wetterau	Friedberg	(0 60 31) 9 10 59
4.6	KV Fulda	Fulda	(06 61) 7 82 54
4.7	KV Bergstraße	Heppenheim	(0 62 52) 63 92
4.8	KV Kassel	Kassel	(05 61) 1 78 03
4.9	KV Marburg-Biedenkopf	Marburg	(0 64 21) 1 42 34
5.	<b>Hamburg</b>	Hamburg	(0 40) 34 33 00
6.	<b>Niedersachsen</b>		
6.1	Landesgeschäftsstelle	Braunschweig	(05 31) 1 95 60
6.2	Landesgeschäftsstelle	Hannover	(05 11) 75 83 90
6.3	Landesgeschäftsstelle	Oldenburg	(04 41) 2 40 35
6.4	KV Emden	Emden	(0 49 21) 2 05 62
6.5	KV Göttingen	Göttingen	(05 51) 7 13 25
6.6	KV Goslar	Goslar	(0 53 21) 10 11
6.7	KV Hameln-Pyrmont	Hameln	(0 51 51) 2 33 57
6.8	KV Osnabrück	Osnabrück	(05 41) 58 75 44
6.9	KV Stade	Stade	(0 41 41) 34 48
6.10	KV Uelzen	Uelzen	(05 81) 7 81 41
6.11	KV Vechta	Vechta	(0 44 41) 39 02
6.12	KV Harburg-Land	Winsen/Luhe	(0 41 71) 20 16
7.	<b>Rheinland</b>		
7.1	Landesgeschäftsstelle	Köln	(02 21) 21 63 79



7.2	KV Aachen	Aachen	(02 41) 2 16 45
7.3	KV Rhein.-Berg. Kreis	Berg. Gladbach	(0 22 02) 3 85 65
7.4	KV Düren	Düren	(0 24 21) 43 92
7.5	KV Düsseldorf	Düsseldorf	(02 11) 32 42 93
7.6	KV Duisburg	Duisburg	(02 03) 2 11 26
7.7	KV Essen	Essen	(02 01) 23 21 55
7.8	KV Oberberg. Kreis	Gummersbach	(0 22 61) 6 76 82
7.9	KV Kleve	Kleve	(0 28 21) 2 58 23
7.10	KV Krefeld	Krefeld	(0 21 51) 63 16 52
7.11	KV Mönchengladbach	Mönchengladbach	(0 21 61) 18 20 18
7.12	KV Rhein-Sieg-Kreis	Siegburg	(0 22 41) 6 74 50
7.13	KV Solingen	Solingen	(0 21 22) 1 72 77
7.14	KV Wesel	Wesel	(02 81) 2 55 37
7.15	KV Wuppertal	Wuppertal	(02 02) 55 55 81
8.	<b>Westfalen-Lippe</b>		
8.1	Landesgeschäftsstelle	Dortmund	(02 31) 4 19 58
8.2	KV Bielefeld	Bielefeld	(05 21) 17 96 03
8.3	KV Borken	Bocholt	(0 28 71) 71 64
8.4	KV Bochum	Bochum	(02 34) 51 37 98
8.5	KV Lippe	Detmold	(0 52 31) 2 38 00
8.6	KV Gütersloh	Gütersloh	(0 52 41) 7 88 66
8.7	KV Mark	Lüdenscheid	(0 23 51) 2 31 60
8.8	KV Hochsauerland	Meschede	(02 91) 81 90
8.9	KV Minden-Lübbecke	Minden	(05 71) 2 80 84
8.10	KV Münster	Münster	(02 51) 4 29 01
8.11	KV Paderborn	Paderborn	(0 52 51) 2 24 31
8.12	KV Siegen	Siegen	(02 71) 23 73
8.13	KV Warendorf	Warendorf	(0 25 81) 10 88
9.	<b>Rheinland-Pfalz</b>		
9.1	Landesgeschäftsstelle	Mainz	(0 61 31) 2 64 10
9.2	KV Landau	Landau	(06 21) 8 86 50
9.3	KV Ludwigshafen	Ludwigshafen	(06 21) 51 33 81
9.4	KV Kaiserslautern	Kaiserslautern	(06 31) 6 82 22
9.5	BV Koblenz	Koblenz	(02 61) 1 65 91
9.6	KV Westerwald	Montabaur	(0 26 02) 51 44
9.7	KV Pirmasens	Pirmasens	(0 63 31) 7 71 59
9.8	BV Trier	Trier	(06 51) 7 81 46
9.9	BV Neustadt	Neustadt	(0 63 21) 3 19 30
10.	<b>Saar</b>	Saarbrücken	(06 81) 58 37 47
11.	<b>Schleswig-Holstein</b>		
11.1	Landesgeschäftsstelle	Kiel	(04 31) 6 35 41
11.2	KV Stormarn	Bad Oldesloe	(0 45 31) 1 27 15
11.3	KV Nordfriesland	Husum	(0 48 41) 6 54 30
11.4	KV Kiel	Kiel	(04 31) 9 39 85
11.5	KV Neumünster	Neumünster	(0 43 21) 4 72 52
11.6	KV Ostholstein	Oldenburg i. H.	(0 43 61) 44 72
12.	<b>Sondernummern</b>		
12.1	CDU — BG	Bonn	(02 28) 54 42 16
12.2	CSU — Landesleitung	München	(0 89) 1 24 32 20
12.3	IS-Versandzentrale	Vermold	(0 54 23) 1 52 68
12.4	CDU — BG Abt. Organisation (Rednereinsatz)	Bonn	(02 28) 54 45 42
12.5	VVA	Düsseldorf	(02 11) 7 33 56 78
12.6	Landeshaus Schleswig-Holstein	Kiel	(04 31) 56 43 40
12.7	v. Manstein	Solingen	(0 21 22) 7 53 52
12.8	CDU — NRW	Düsseldorf	(02 11) 88 42 65
12.9	CSU Verbind. b.	Bonn	(02 28) 16 56 80



# Zur Sache:

## Punktsieg für die Familie

Die SPD/FDP-Koalition läßt die Familien links liegen. Nur gegen ihren hartnäckigen Widerstand haben CDU und CSU Verbesserungen für die Familien erreicht

Die **CDU- und CSU**-regierten Länder **haben** im Bundesrat beantragt und im Vermittlungsausschuß **durchgesetzt**:

○ **Die Erhöhung des Kindergeldes.**

Beim 2. Kind um 20,- Mark auf 120,- Mark; beim 3. Kind und jedem weiteren Kind um 40,- Mark auf 240,-Mark

○ **Den Kinderbetreuungsbetrag bei der Steuer.**

Eltern erhalten für jedes Kind einen Freibetrag zu der Steuer von 600,- Mark ohne Nachweis und weitere 600,- Mark mit dem Nachweis entsprechend hoher Aufwendungen.

**Mehr scheiterte leider am Widerstand der SPD/FDP.**

Was eine Mehrheit von CDU und CSU im Deutschen Bundestag **für die**

**Familien** verwirklicht, sagt **unser Wahlprogramm**:

- Mutterschaftsgeld von 500,- Mark für alle Frauen in den ersten 6 Monaten nach der Geburt eines Kindes.
- Erziehungsgeld von 400,- Mark bis zum vollendeten 3. Lebensjahr des Kindes.
- Wirksame Kinderfreibeträge im Steuerrecht
- Regelmäßige Überprüfung der Höhe des Kindergeldes.
- Familien- und kinderfreundliche Städteplanung, Dorfentwicklung und Wohnungsbauförderung.
- Umfassendes Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens.

Wer, wie SPD/FDP, den Familien soziale Gerechtigkeit verweigert, beschneidet die Freiheit, sich ohne unzumutbare Benachteiligung für Kinder zu entscheiden. Die Union wird deshalb die sozialen Schwellen abbauen, die maßgeblich das Geburtendefizit in der Bundesrepublik Deutschland verursacht haben.

**Eine Politik, die jetzt an der Familie spart,  
wird uns alle teuer zu stehen kommen.  
Deshalb ist ein gerechter Familienlastenausgleich  
ein sittliches und politisches Gebot.**

**CDU**  
**III** sicher  
sozial  
und frei



UNION BETRIEBS GMBH  
5300 BONN  
ARGELANDERSTRASSE 173  
POSTVERTRIEBSSTOCK  
Z 8398 C  
GEBÜHR BEZAHLT

## ZITAT

### Die FDP hofft und bangt

Es war schon ein gehöriges Stück Gesundheitsbeterei, wie Hans-Dietrich Genscher versuchte (Pressekonferenz 7. 8. 80), der FDP zwischen der „realen Gefahr“ einer absoluten SPD-Mehrheit bei den nächsten Bundestagswahlen und der nur „theoretischen Möglichkeit“ einer Kanzlerschaft von Franz Josef Strauß einen eigenen Platz in der deutschen Politik zu sichern.

Der FDP-Vorsitzende hat inzwischen nicht nur erkannt, sondern er gibt auch offen zu, daß „starke Kräfte in der SPD“ dem bisher notwendigen, wenngleich ungeliebten Koalitionspartner FDP das Lebenslicht ausblasen wollen.

Da die FDP sich nicht von der SPD trennen kann, bleibt ihr nur, sich vom großen Koalitionspartner abzusetzen, aber nur ein klein wenig. Da wird Genscher selbst, um das außenpolitische Übergewicht des Kanzlers Helmut Schmidt etwas zu mindern, zum Garanten einer Außenpolitik, die ohne die FDP ganz anders aussähe.

Da wird Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff zum Erben seines Vorgängers Erhard hochstilisiert, zu einer Art Märchenfigur vom Schlag eines marktwirtschaftlichen „Ludwig II.“, und Gerhart Baum, hinter dessen Sicherheits- und Verfassungsschutzpolitik mehr als nur ein kritisches Fragezeichen zu machen ist, steht plötzlich da als Gewährsmann des freiheitlichen Rechtsstaates.

Auf der anderen Seite gibt es Kritik an den Unionsparteien, aber ganz „nach Art des FDP-Hauses“. Franz Josef Strauß ist zwar ein Buhmann, aber er soll nicht nach der Manier von „Schlammringkämpfern“ ausgeschaltet werden. Die CDU/CSU ist zwar böse, aber keineswegs zum Frieden unfähig, wie ihr Schmidt unterstellt hatte. Auf keinen Fall aber wird es ein Bündnis der FDP mit der jetzigen Opposition geben.

Die FDP bangt um ihre Existenz — zu Recht. Sie hofft dennoch, daß ihr zunächst einmal für die kommende Legislaturperiode die Rückkehr ins Parlament gelingt. Darüber haben die Wähler zu entscheiden.

Mancher Wähler aber wird sich überlegen, ob er der FDP wirklich seine Stimme geben kann. Denn die Freien Demokraten können höchstens bremsen, die Richtung bestimmen können sie nicht.

Kölnische Rundschau, 8. 8. 1980

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Mühlenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

**UiD**